

Inserate werden angenommen in Posen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstr. 17. Dr. H. Schlegel, Hoflieferant, Gr. Gerber- u. Breitestr.-Ecke, Otto Niekisch, in Firma J. Neumann, Wilhelmplatz 8. Verantwortlicher Redakteur: F. Sachfeld in Posen. Fernsprecher: Nr. 102.

Inserate werden angenommen in den Städten der Provinz Posen bei unseren Agenturen, ferner bei den Annoncen-Expeditionen Rud. Mosse, Saatenkain & Pöglers A.-G., G. L. Janke & Co., Invalidentank. Verantwortlich für den Inseratenteil: F. Klugkist in Posen. Fernsprecher: Nr. 102.

Posener Zeitung

Hundertster Jahrgang.

Nr. 763

Montag, 30. Oktober.

1893

Die „Posener Zeitung“ erscheint wochentlich drei Mal, an den auf die Sonn- und Festtage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal, an Sonn- und Festtagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4.50 M. für die Stadt Posen, 5.45 M. für ganz Preussischland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Inserate, die sechsgehaltene Beitzelle oder deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 20 Pf., in der Mittagsausgabe 25 Pf., an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Mittagsausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 6 Uhr Nachm. angenommen.

Mitbürger!

Am 31. Oktober finden die Urwahlen statt. An diesem Tage soll über die Zusammensetzung des preussischen Abgeordnetenhauses entschieden werden, welches berufen sein wird, während der folgenden fünf Jahre auf die Gesetzgebung Preussens sowohl als auch auf die Gesetzgebung und die Politik des Deutschen Reiches einen mitbestimmenden Einfluss auszuüben.

Das bisherige Abgeordnetenhaus zählte unter 433 Abgeordneten 203 Mitglieder der konservativen und freikonservativen Partei. Es fehlen diesen Parteien also nur vierzehn Stimmen an der absoluten Majorität. Aufgabe und Pflicht aller Liberalen, der Nationalliberalen nicht minder als der Freisinnigen, ist es zu verhindern, daß diesmal eine solche Mehrheit der Konservativen zu Stande kommt.

Denn der bedrückte Entwurf eines Volksschulgesetzes ist nicht todt und begraben. Eine konservative Mehrheit würde den Entwurf wieder erstehen lassen und es ist kein Verlaß darauf, daß die Freikonservativen ein zweites Mal in ihrem Widerstande gegen denselben bis an das Ende ausharren. Auch nützt es nichts, daß der konservative Kandidat unseres Wahlkreises sich als einen Freund der Simultanschule in Posen bekannt hat. Bei dem Erlaß eines Volksschulgesetzes für die ganze Monarchie werden und können auch nicht besondere Bestimmungen für einzelne Landestheile oder Gemeinden getroffen werden. Unser blühendes Simultanschulwesen würde in seinem Bestande abhängig werden von dem Ermessen der Verwaltungsbehörden und es würde ganz gewiß als eine zeitweilig vielleicht zugelassene Ausnahme geopfert werden der von uns bekämpften Regel der konfessionellen Volksschule.

Schon jetzt sind konservative Stimmen laut geworden, welche eine Rückwärtsrevidirung der Landgemeindeordnung verlangen. Die konservativen Gutsbesitzer fürchten namentlich für ihre selbständigen Gutsbezirke, deren Vorhandensein ihnen soeben noch bei der Miquel'schen Steuerreform ein schönes Stück Geld eingebracht hat. Denn für die Inhaber der Gutsbezirke bedeutet die Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer einen vollständigen Erlaß derselben.

Eine Reform des Wahlrechtes ist von einem konservativen Abgeordnetenhaus nicht zu erwarten. Die Freisinnigen verlangen auch für das Abgeordnetenhaus die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes. Die Konservativen dagegen fürchten für ihre Machtstellung namentlich auf dem Lande und haben deshalb sich den Vorschlägen der Staatsregierung zur Verbesserung des geltenden Drei-Klassenwahlrechtes in der letzten Legislaturperiode mit Erfolg entgegengestellt. Ohne eine durchgreifende Veränderung des herrschenden Wahlsystems ist auf eine bessere Vertretung der Volksinteressen im Abgeordnetenhaus nicht zu hoffen.

Die Volksinteressen sind unvereinbar mit den von den Konservativen erstrebten Sondervortheilen. Konservativ, freikonservativ, Agrarier oder Bund der Landwirthe — alle diese Namen sind nur verschiedene Bezeichnungen für dieselbe Sache, für die Organisation nämlich der rücksichtslosesten Vertretung materieller Sonderinteressen. Und diese Organisation muß überall bekämpft werden, wo sie sich auch regen mag.

Unsere Reichsregierung steht mit der russischen Regierung wegen Abschlusses eines Handelsvertrages in Unterhandlungen. Gerade für die Provinz Posen würde ein solcher Handelsvertrag unendlich segensreich sein, Handel und Gewerbe müßten unter seiner Herrschaft wieder aufblühen und die Besserung der Erwerbsverhältnisse würde eine allgemeine werden. Die Konservativen aber agitiren mit der ihnen eigenen Unbedenkllichkeit gegen den Abschluß des Vertrages. Sie, welche sich mit Vorliebe eine „staatsbehaltende“ Partei nennen und so oft die Opposition anderer Parteien gegen Regierungsvorschläge als „staatsfeindlich“ zu brandmarken verücht haben, richten jetzt die heftigsten Angriffe gegen den Reichskanzler, Grafen von Caprivi und verlangen dessen Entfernung. Und weshalb? Weil sie möglichst hohe Getreidepreise haben wollen und mit diesem ihrem Sonderinteresse die Absicht der Reichsregierung unvereinbar ist, die Bevölkerung namentlich in den östlichen Provinzen der Monarchie der Segnungen geordneter Handelsbeziehungen zu unserem Nachbarstaate theilhaftig zu machen.

Eine Verstärkung der konservativen Partei im Abgeordnetenhaus müßte als eine Unterstützung aller konservativen Agitationen gegen den russisch-deutschen Handelsvertrag und gegen den Reichskanzler, Grafen von Caprivi aufgefaßt werden.

Es müßte daraus eine Billigung der dem Allgemeininteresse feindlichen Sonderbestrebungen der Konservativen oder Agrarier überhaupt gefunden werden, eine Gutheißung der von den Agrariern bereits im Reiche wie in Preußen errungenen Sondervortheile, als da sind: Erlaß der Grund- und Gebäudesteuer, die Brennerprämie von 40 Millionen und die Differentialzölle gegen Rußland, sowie eine Aufmunterung endlich der agrarischen Begehrlichkeit, immer neue Vortheile auf Kosten der Allgemeinheit zu erlangen.

Mitbürger! Wenn Ihr nicht dazu beitragen wollt, daß allmählig die gesammten Staatseinrichtungen in den Dienst agrarischer Interessen gestellt werden, wenn Ihr vielmehr wollt, daß das bürgerliche Element, der Mittelstand die ihm gebührende parlamentarische Vertretung und den seiner Bedeutung entsprechenden Einfluß auf die Verwaltung erhält, dann wählt nicht Wahlmänner, die sich für den konservativen Kandidaten verpflichtet haben. Unser Kandidat ist, wie Ihr wißt, der

Stadtrath Robert Jaeckel zu Posen,

bürgerlich gesinnt, nicht bloß ein Bürger unserer Stadt, ein selbständiger, unabhängiger und freisinniger Mann und ein entschiedener Bekämpfer aller agrarischen Sonderinteressen. Der Stadtrath Jaeckel ist ein Mann nicht bloß aus Eurer Mitte, sondern auch von Eurer Art. Das ist der konservative Kandidat nicht. Wie solltet Ihr, Bürger der Stadt Posen, dazu kommen, diesem konservativen Kandidaten zum Siege bei der Wahl zu verhelfen, einem Manne, der nach Herkunft, Besitz und Beschäftigung ein unzweifelhafter Agrarier ist, dessen Interessen nicht Eure Interessen sind, und der mit der Stadt Posen nur dadurch verknüpft ist, daß ihn vor nicht allzu langer Zeit sein Staatsamt aus einem ländlichen Kreise mit ganz überwiegend agrarischen Interessen zufällig gerade nach Posen geführt hat.

Mitbürger! Laßt am Dienstag Eure Stimmen auch ein Protest sein gegen den diesmaligen Versuch der Konservativen, die Wahlfreiheit zu beeinträchtigen. Denn welchen anderen Zweck kann die Kandidatur eines Polizeipräsidenten in seinem eigenen Amtsbezirke haben! Sie ist eine Spekulation auf die Furcht vieler Wähler und ein noch nicht dagewesenes Beispiel dafür, was die Konservativen glauben, den Urwählern der Stadt Posen bieten zu können.

Mitbürger! Wähler! Beweiset am Dienstage, daß Ihr freie Männer seid, macht die konservative Rechnung auf Eure Knechtseligkeit zu Schanden und gebt Eure Stimme nur den von uns aufgestellten Wahlmännern.
Posen, im Oktober 1893.

Das freisinnige Wahlkomitee für die Landtagskandidatur Jaeckel.

Deutschland.

* Berlin, 29. Okt. Auch die „Allg. Militärkorrespondenz“ meldet heute: In militärischen Kreisen macht der hannoversche Spielerprozeß den allerpeinlichsten Eindruck. Wie wir hören, soll der Kaiser über die in diesem Prozeß zu Tage getretenen Verhältnisse aufs Aeußerste aufgebracht sein. Man nimmt in höheren Offizierskreisen an, daß demnächst eine kaiserliche Kabinettsordre zu erwarten ist, die das Hazardspiel der Offiziere (unter allen Umständen mit der denkbar strengsten Strafe bedroht.

— Wie die „Post“ nunmehr mitzutheilen in der Lage ist, ist die Einberufung des Reichstages auf Donnerstag, den 16. November, festgesetzt. Die amtliche Publikation erfolgt morgen. — Wie es heißt, sind für diese Woche zwei Plenarsitzungen des Bundesraths in Aussicht genommen, in denen hauptsächlich der Etat berathen werden soll. Die Entwürfe des Weinsteuer- und des Tabaksteuergesetzes werden noch in dieser Woche dem Bundesrath zugehen.

— Der „Voss. Ztg.“ wird zum Fall Gradnauer aus Bittau vom 27. Oktober geschrieben: Ueber die in den letzten Tagen bei einem Führer der Sozialdemokraten stattgefundene Hausdurchsuchung, sowie über die Verhaftung mehrerer hiesiger Soldaten, die zweifellos mit dem Fall Gradnauer in Verbindung stehen, wird jetzt von angeblich zuverlässiger und gutunterrichteter Seite Folgendes gemeldet. Schon zur Zeit der Reichstagswahlen wurde ein Soldat hiesiger Garnison, Namens Berger, in Haft genommen, weil man ein sozialdemokratisches Flugblatt in einem seiner Röcke vorgefunden habe. Berger ist

damals vom Dresdener Militärgericht zu mehrwöchentlicher Freiheitsstrafe verurtheilt worden. Vor seiner Inhaftirung soll nun dieser Berger entweder selbst oder durch Vermittelung ihm bekannter Sozialdemokraten bei Dr. Gradnauer in Dresden brieflich angefragt haben, welche Strafe ihn wohl erwarte. Auch soll bei diesem Briefwechsel, der in die Zeit vor Einberufung Gradnauers zu einer Referveübung fällt, von Berger angefragt worden sein, welche Staaten einen dekretirten Soldaten ausliefern. Hierauf hat nun Dr. Gradnauer an einen Führer der hiesigen Sozialdemokraten geantwortet und auf diese Frage Auskunft erteilt, so gut er es vermochte. Jedoch hat er gleichzeitig den Soldaten Berger dringend ermahnen lassen, während seiner Dienstzeit die größte Vorsicht zu beobachten, und nichts zu thun, was er später bitter zu bereuen haben würde. Dieser Brief des Dr. Gradnauer ist es nun, der bei der hier stattgehabten Hausdurchsuchung beschlagnahmt wurde. Zur Wanderverszeit ist Berger übrigens wieder frei gewesen, auch soll er damals persönlich mit Dr. Gradnauer verkehrt haben. Ueber die weiteren Verhaftungen in hiesiger Kaserne ist bis jetzt Näheres nicht bekannt geworden.

— Aus Köln berichtet man der „Post“: Große Sensation erregte auf dem sozialistischen Parteitag die Verlesung eines Briefes durch Bebel, den Dr. Miquel im Jahre 1850 an Karl Marx geschrieben hat.

* Schneidemühl, 29. Okt. Gestern fand hierselbst auf Einladung des Bundes der Landwirthe eine zahlreich besuchte Versammlung von Bezirksvorstehenden und Vertrauensmännern der Kreisabtheilung Czarnikau-Fliehe-Kolmar i. P. statt, in welcher über die Aufstellung der Kandidaten für die bevorstehende Landtagswahl Beschlüsse gefaßt wurde. Man einigte sich bald dahin, daß für den bisherigen Abgeordneten Landrath v. Schwibom-Margoninsohof, der zum Herrenhausmitglied ernannt worden ist, der frühere Abgeordnete unseres Wahlkreises, Regierungsrath v. Colmar-Weniburg zu Säneburg, empfohlen werden soll. Als zweiter Kandidat wurde der bisherige Landtagsabgeordnete

Gutsbesitzer Bandler aus Neudorf in Vorschlag gebracht. Beide Kandidaten haben sich bereit erklärt, ein Mandat anzunehmen.

Posens.

Posen, 30. Oktober.

* Es ist die irrige Annahme verbreitet, daß bei den Landtagswahlen die Namen laut gesagt werden müssen, und dadurch glaubt sich mancher beeinträchtigt in seinen geschäftlichen Beziehungen und theilhaftig sich nicht an der Wahl. Diese Besürchtung ist hinfällig, denn jeder ist berechtigt, die Namen der Wahlmänner selbst einzutragen, sobald keiner der Mitwähler die politische Ueberzeugung des anderen kennen lernt. Der § 15 des Reglement über die Ausführung der Wahlen zum Hause der Abgeordneten vom 18. v. M. lautet:

„Der Protokollführer ruft die Namen der Urwähler abtheilungsweise auf. Jeder Aufgerufene tritt an den zwischen der Versammlung und dem Wahlvorsteher aufgestellten Tisch und nennt unter genauer Bezeichnung den Namen desjenigen, welchem er seine Stimme geben will. Sind mehrere Wahlmänner zu wählen, so nennt er gleich soviel Namen, als deren in der Abtheilung zu wählen sind. Die genannten Namen trägt der Protokollführer neben dem Namen des Urwählers in Gegenwart desselben in die Abtheilungsliste ein, oder läßt sie, wenn derselbe es wünscht, von dem Urwähler selbst eintragen.“ Später erscheinende Urwähler melden sich bei dem Wahlvorsteher und können an den noch nicht geschlossenen Abstimmungen theilnehmen.

Wir wollen übrigens noch darauf hinweisen, daß diesmal der Wahlakt erheblich kürzere Zeit in Anspruch nehmen wird

